



N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 64. Sitzung

am Donnerstag, dem 21. November 2019, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Volker Nielsen (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Tobias von der Heide (CDU)

i. V. v. Tobias Koch

Thomas Rother (SPD)

i. V. v. Stefan Weber

Kai Vogel (SPD)

i. V. v. Beate Raudies

Annabell Krämer (FDP)

Jörg Nobis (AfD)

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Birgit Herdejürgen (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Nachschiebeliste der Landesregierung zum Haushalt 2020	4
	Umdruck 19/3227	
2.	Bericht des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Sachstand der für den Verband der Sinti und Roma Schleswig-Holstein e.V. anwendbaren Zuwendungsrichtlinie sowie zur Höhe des ermittelten Finanzbedarfs des Verbands insgesamt	6
	Berichts Antrag der Fraktion der AfD Umdruck 19/3116	
3.	Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung für die Friesische Volksgruppe im Lande Schleswig- Holstein“ (Friesenstiftung) und zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Ersten Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland	7
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1682	
4.	Information/Kenntnisnahme	8
	Umdrucke 19/3136 und 19/3156 - Einzelplan 01 Umdruck 19/3138 und vertraulicher Umdruck 19/3147 - Einzelplan 09 Umdruck 19/3152 und vertraulicher Umdruck 19/3155 - Einzelplan 11 Umdruck 19/3162 - Einzelplan 14 Umdruck 19/3163 - Stellenübersicht Umdruck 19/3164 und vertraulicher Umdruck 19/3193 - Einzelplan 10 Umdruck 19/3225 - Einzelplan 06 Umdruck 19/3226 - Einzelplan 04 vertraulicher Umdruck 19/3224 - einzelbetriebliche Investitionsförderung	
5.	Verschiedenes	9

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Abg. Petersdotter, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, die Umdrucke 19/3155 (Einzelplan 11), 19/3193 (Einzelplan 10), 19/3223 (UKSH Jahresabschluss) und 19/3224 (einzelbetriebliche Investitionsförderung) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

1. Nachschiebeliste der Landesregierung zum Haushalt 2020

[Umdruck 19/3227](#)

Finanzministerin Heinold führt kurz in die Nachschiebeliste ein.

Auf Fragen von Abg. Nobis antwortet Frau Kubsch, stellvertretende Haushaltsbeauftragte des Innenministeriums, für die Zentrale Ordnungswidrigkeitenstelle habe man einen Mehrbedarf von elf Planstellen angemeldet zur Verarbeitung des erhöhten Verwarnungs- und Bußgeldaufkommens infolge der neuen Blitzer auf der Rader Hochbrücke. Man rechne damit, dass die Mehreinnahmen die zusätzlichen Ausgaben für die Stellen und die Einrichtung der Arbeitsplätze mindestens ausglich.

Bei der Bewachung der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung und Bereitschaftspolizei in Eutin sowie das Polizeizentrum im Eichhof habe sich herausgestellt, dass diese Einrichtungen nicht durch Firmen bewacht werden könnten, die sich auf die Ausschreibung der Bewachung gemeldet hätten.

Herr Jürgensen, Haushaltsbeauftragter des Bildungsministeriums, erläutert, 780 DaZ-Planstellen habe man zu den sonstigen DaZ-Mitteln der allgemeinbildenden Schulen übertragen und damit die Ausgaben für Deutsch als Zweitsprache zusammengebunden. Deutsch als Zweitsprache komme nicht nur Flüchtlingskindern zugute, sondern auch andere Kinder hätten entsprechenden Förderbedarf.

Abg. Nobis geht davon aus, dass die allermeisten DaZ-Schülerinnen und Schüler Flüchtlingskinder seien. Er legt Wert darauf, die Kosten der Migration, zu denen auch die Kosten des DaZ-Unterrichts in Höhe von 62,5 Millionen € gehörten, transparent auszuweisen.

Ministerin Heinold macht darauf aufmerksam, dass viele DaZ-Schülerinnen und Schüler keine Flüchtlingskinder seien.

Auf eine Frage von Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer räumt die Ministerin ein, dass die zusätzlichen 15 Planstellen im Zusammenhang mit der Grundsteuerreform ab dem Jahr 2021 budgetrelevant würden.

Finanzausschuss und Finanzministerium vereinbaren, dass die Fraktionen bis zum 27. November 2019 schriftliche Fragen zur Nachschiebeliste einreichen können und die Landesregierung diese rechtzeitig vor der abschließenden Ausschusssitzung am 5. Dezember 2019 beantwortet.

2. Bericht des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur zum Sachstand der für den Verband der Sinti und Roma Schleswig-Holstein e.V. anwendbaren Zuwendungsrichtlinie sowie zur Höhe des ermittelten Finanzbedarfs des Verbands insgesamt

Berichts Antrag der Fraktion der AfD

[Umdruck 19/3116](#)

Die Beratung soll in der nächsten Sitzung, am 28. November 2019, in Anwesenheit der Hauspitze auf der Grundlage eines schriftlichen Berichts der Landesregierung erfolgen.

3. Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung für die Friesische Volksgruppe im Lande Schleswig- Holstein“ (Friesenstiftung) und zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Ersten Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1682](#)

(überwiesen am 25. September 2019 an den Europaausschuss, den Finanzausschuss und den Bildungsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/3086](#), [19/3165](#), [19/3166](#)

Die Beratung wird ebenfalls auf die nächste Sitzung, am 28. November 2019, vertagt.

4. Information/Kenntnisnahme

[Umdrucke 19/3136](#) und 19/3156 - Einzelplan 01
[Umdruck 19/3138](#) und vertraulicher [Umdruck 19/3147](#) - Einzelplan 09
[Umdruck 19/3152](#) und vertraulicher [Umdruck 19/3155](#) - Einzelplan 11
[Umdruck 19/3162](#) - Einzelplan 14
[Umdruck 19/3163](#) - Stellenübersicht
[Umdruck 19/3164](#) und vertraulicher [Umdruck 19/3193](#) - Einzelplan 10
[Umdruck 19/3225](#) - Einzelplan 06
[Umdruck 19/3226](#) - Einzelplan 04
vertraulicher [Umdruck 19/3224](#) - einzelbetriebliche Investitionsförderung

Auf eine Frage von Präsidentin Dr. Schäfer zu Umdruck 19/3163 teilt Ministerin Heinold mit, mit der Ausbringung von 53 zusätzlichen Stellen beim Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz würden tatsächlicher Stellenbestand und Stellenplan in Übereinstimmung gebracht. Wenngleich sich die Korrektur budgetmäßig aktuell nicht auswirke, sei es misslich, dass der LKN von 2010 bis 2018 mehr Stellen als im Stellenplan ausgewiesen besetzt habe.

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

